

# Kiews Angriff auf Putins Residenz erfährt internationale Verurteilung

30 Dez. 2025 09:41 Uhr

Die Vereinigten Arabischen Emirate, Nicaragua und Indien haben den versuchten Kamikaze-Drohnenangriff auf die Residenz des russischen Präsidenten Wladimir Putin scharf verurteilt. Deutsche Medien übernahmen mehrheitlich die Erklärungen Kiews.



Quelle: Gettyimages.ru © Anadolu/Kontributor

Der russische Präsident Wladimir Putin (Archivbild)

Moskau beschuldigt Kiew, in der Nacht vom 28. auf den 29. Dezember 91 Langstrecken-Drohnen auf Putins Staatsresidenz in der Region Nowgorod abgefeuert zu haben. In einer ersten Reaktion erklärte US-Präsident Donald Trump, er sei "schockiert und empört gewesen". Weitere Reaktionen erfolgten seitens des Außenministeriums der Vereinigten Arabischen Emirate, welches seine Solidarität mit Präsident Putin bekundete. Nicaraguas Staatsspitze schickte einen solidarischen Brief. Kommentierungen seitens der EU samt "Koalition der Willigen" oder der deutschen Regierungsspitze blieben bis dato aus. Indiens Staatschef Modi gab auf X eine Erklärung ab.

Ausgehend der größeren Drohnenattacke auf die Residenz des russischen Präsidenten Wladimir Putin, veröffentlichten russische Beamte die Information, dass alle Drohnen abgefangen worden seien und keine Opfer oder Schäden zu verzeichnen seien. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Nicaragua haben den versuchten Kamikaze-Drohnenangriff umgehend scharf verurteilt.

In einer am Montagabend [veröffentlichten Erklärung](#) bekundete dabei das Außenministerium der Vereinigten Arabischen Emirate seine Solidarität mit Präsident Putin und dem russischen Volk und

bekräftigte Abu Dhabis "unerschütterliche Ablehnung jeglicher Form von Gewalt". So heißt es in der Mitteilung:

*"Die Vereinigten Arabischen Emirate verurteilen aufs Schärfste den Anschlag auf die Residenz Seiner Exzellenz Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation, und verurteilen diesen bedauerlichen Angriff und die damit verbundene Gefahr für Sicherheit und Stabilität."*

Die Vizepräsidenten Nicaraguas, Daniel Ortega und Rosario Murillo, schickten [einen Brief](#) an Putin, in dem sie ihre "aktivste Solidarität" zum Ausdruck brachten. Laut dem Webportal El 19 Digital lauten weitere Inhalte:

*"Im Namen unseres Volkes und der Regierung der Versöhnung und nationalen Einheit bekunden wir Ihnen unsere tiefste Solidarität angesichts des Terroranschlags der Ukraine auf die Wohnanlagen Ihrer Präsidentschaft. Es ist nur logisch, dass der Faschismus sich so verhält und versucht, die Kraft der Gespräche zu untergraben, die darauf abzielen, Frieden in dieser wichtigen Region der Welt zu schaffen."*

Reaktionen der deutschen Regierungsspitze oder seitens der EU erfolgten bis dato nicht. Die deutschen Medien orientierten sich in der Berichterstattung zum Ereignis an den Rechtfertigungen und Erklärungen seitens Kiew. So lauten Meldungen:

- [ARD](#): Versuchter Angriff auf Putin-Residenz? Kiew widerspricht – Der ukrainische Präsident wies die Vorwürfe umgehend als Lüge zurück. Russland wolle mit den Anschuldigungen den Fortschritt bei den Gesprächen zwischen der Ukraine und den USA untergraben, sagte er.
- [ZDF](#): Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij reagierte prompt auf die Vorwürfe und wies Lawrows Anschuldigungen als weitere russische Lüge zurück. Er erklärte, dass dies als Vorwand benutzt werde, um russische Schläge auf Regierungsgebäude in Kiew vorzubereiten.
- [Der Spiegel](#): Angeblicher Angriff auf Putins Residenz – Selenskij bezeichnet russische Vorwürfe als 'verdammten Schwachsinn'
- [Bild](#): Residenz angegriffen? Propaganda-Krieg um Putins geheimes Liebesnest

Indiens Premier Narendra Modi erklärte auf X:

*"Die laufenden diplomatischen Bemühungen bieten den gangbarsten Weg zur Beendigung der Feindseligkeiten und zur Herbeiführung des Friedens. Wir fordern alle Beteiligten nachdrücklich auf, sich weiterhin auf diese Bemühungen zu konzentrieren und alle Maßnahmen zu vermeiden, die diese Bemühungen untergraben könnten."*

Deeply concerned by reports of the targeting of the residence of the President of the Russian Federation. Ongoing diplomatic efforts offer the most viable path toward ending hostilities and achieving peace. We urge all concerned to remain focused on these efforts and to avoid any...

— Narendra Modi (@narendramodi) December 30, 2025

Auch Pakistans Staatsspitze verurteilt den Anschlag auf die Putin-Residenz und bekundete "seine Solidarität mit dem Präsidenten Russlands". Premier Shebaz Sharif ließ ebenfalls auf X [mitteilen](#):

*"Eine solche abscheuliche Tat stellt eine schwere Bedrohung für Frieden, Sicherheit und Stabilität dar, insbesondere in einer Zeit, in der Bemühungen um Frieden im Gange sind."*

Der Kreml reagiert nach dem Ereignis mit der Warnung an Kiew, dass die Reaktion auf den Angriff nicht diplomatischer Natur sein werde und Ziele für Vergeltungsschläge festgelegt worden seien.

Außenminister Sergei Lawrow erklärte, Russlands Verhandlungsposition werde angesichts der von ihm als "rücksichtsloses Vorgehen" und "Staatsterrorismus" bezeichneten Handlungen Kiews überdacht werden.

US-Präsident Donald Trump soll sich in einem direkten Telefonat mit Putin "schockiert und empört" gezeigt haben, um zu erklären, er sei dankbar, dass die USA der Ukraine keine Tomahawk-Marschflugkörper geliefert hätten. Der ukrainische Präsident hatte umgehend jede Beteiligung an dem Angriff bestritten und Moskau vorgeworfen, den Vorfall erfunden zu haben.

Russische Gesetzgeber verurteilten den Angriff einstimmig als "Akt des Staatsterrorismus" und als bewussten Versuch, die laufenden Friedensverhandlungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten zu stören. Einige Beamte forderten entschlossene Vergeltungsmaßnahmen, darunter Angriffe auf Gebäude der ukrainischen Regierung.